



Liebe Mitglieder, liebe Freunde des Lebensrechts,

„ob in Polen, in Portugal, den USA oder in Deutschland – die Abtreibungsgegner*innen zeigen sich stark wie lange nicht mehr.“ Diese Aussage stammt nicht von uns, sondern ist Teil eines Aufrufes der Partei Bündnis 90/Die Grünen zur sogenannten „Aktionswoche für sexuelle Selbstbestimmung“ im letzten September. Und tatsächlich gibt es immer mehr Menschen an immer mehr Orten, die sich für das Lebensrecht aller Menschen, ob geboren oder ungeboren, alt oder jung, behindert oder nicht behindert, einsetzen. Besonders viel Hoffnung macht mir, dass es sich dabei vorwiegend um junge Menschen handelt. Längst ist der „Marsch für das Leben“, der in diesem Jahr trotz Corona wieder mit über 3.000 Teilnehmern ein super Erfolg war, nicht die einzige erfolgreiche Veranstaltung der Lebensrechtsbewegung in Deutschland.

Pro-Choice-Gruppen radikalisieren sich zunehmend

An viele Orten unseres Landes finden einfallsreiche Aktionen statt: Demos, Plakat- und Aufkleberaktionen, Filmabende, Diskussionen, ... Vor allem in den sozialen Medien vergeht kein Tag, ohne dass Pro-Life-Botschaften abgesetzt werden, die von immer mehr Menschen gelesen und weitergesendet werden. Viel Aufsehen erregt auch der Film „Unplanned“, der deutlich macht, wie grausam das Geschäft mit der Abtreibung ist. Auch wir als CDL werden immer professioneller und aktiver, und die Junge CDL trägt dazu bei. Je stärker die Lebensrechtler werden, umso stärker auch der Gegendruck. Die Lebensfeinde, die sich selber „Pro Choice“ nennen, werden immer radikaler, und leider machen auch mehrere Parteien wie die Grünen, die Linke und die SPD nicht selten bei ihnen mit. Dabei scheint sie auch nicht die zunehmende Radikalisierung zu stören. Anschläge auf Kirchen und Beratungsstellen,

die schwangeren Frauen Hilfe anbieten, werden weder von den Parteien noch von den öffentlich-rechtlichen Medien verurteilt – manchmal habe ich sogar das Gefühl, dass es dort zum Teil mit klammheimlicher Freude akzeptiert wird. Höhepunkt war die Berichterstattung über die Angriffe der von der internationalen Abtreibungslobby unterstützten Pro-Choice-Gruppen auf Kirchen in Polen, nachdem das dortige Verfassungsgericht entschieden hat, dass ungeborene Menschen mit Behinderungen das gleiche Menschenrecht auf Leben haben wie die ohne Behinderungen. So wurde fast anerkennend über die Täter gesprochen und denjenigen, die dazu aufriefen, die Kirchen zu schützen, wurde damit ein Aufruf zur Gewalt unterstellt.

Es muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass ARD und ZDF in dem Zusammenhang durchgehend von Föten mit „schweren Fehlbildungen“ sprachen. Tatsächlich geht es bei der in Polen jetzt für verfassungswidrig erklärten Regelung in den meisten Fällen um ungeborene Menschen mit Downsyndrom. Empfinden die Redakteure diese Menschen wirklich als „schwer fehlgebildet“? Was für eine unmenschliche Sprache!

CDU/CSU muss sich zum Lebensrecht bekennen

Als Christdemokraten wollen wir unsere Parteien CDU/CSU unterstützen – aber auch prägen. Wir stehen nicht am Rand der Union, sondern wir gehören, wenn wir die Menschenwürde und das Lebensrecht in den Mittelpunkt unserer Politik stellen, zu ihrem Kern. Wir beobachten sehr genau, wie sich die Kandidaten für den Vorsitz der CDU zu unseren Themen äußern. Mit der Neuwahl wird auch ein neues Blatt in der Geschichte der deutschen Christdemokratie aufgeschlagen. Bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr wird auch über das Recht auf Leben entschieden. Wir fordern dabei ein Bekenntnis von CDU/CSU zum Lebensrecht ein, was auch dringend in klare Politik umgesetzt werden muss. Klar ist: Kommt es 2021 zu einem rot-rot-grünen Bündnis, werden viele weitere Dämme brechen. Das darf nicht geschehen.

„Hätt Maria abgetrieben, wär uns viel erspart geblieben“, das ist einer der menschenverachtenden Sprüche der Lebensfeinde. Wir wissen: Jesus ist geboren und hat uns erlöst. Deswegen feiern wir Weihnachten, das Fest der Liebe und der Hoffnung!
Frohe und gesegnete Weihnachten wünscht Ihnen

Ihr

Hubert Hüppe, Stellv. Bundesvorsitzender
www.huberthueppe.de

Abstimmung über Suizidhilfe im Fernsehen

„Gott“ von Ferdinand von Schirach

Der Film, der in Form eines Kammerspiels schon an verschiedenen Theatern in Deutschland aufgeführt wurde, zeigt die fiktive Sitzung eines Ethikrates, der sich mit der Frage beschäftigt, ob ein Arzt dem sterbewilligen 78-jährigen, gesunden Richard Gärtner ein tödliches Mittel verabreichen darf oder nicht. Das Ende ist offen. Der Zuschauer wird aufgefordert, darüber abzustimmen, ob Gärtner das tödliche Mittel erhalten soll oder nicht. Die Zeitung „Die Welt“ titelte am 24. November 2020 dazu: „Sterbehilfe-Event im Ersten. Der Tod ist ein Lehrmeister aus Deutschland (...) Ein grauenvolles Mitmach-Tribunal.“



Mittel zur Sterbehilfe: Pentobarbital-Natrium

Wolfgang Höbel, der Autor des Artikels, stellt sich die Fragen: „Was genau hat den wichtigen öffentlich-rechtlichen Senderverbund ARD angetrieben, im November 2020 ausgerechnet dem Wunsch eines 78-Jährigen, aus dem Leben zu scheiden, einen langen Diskussions- und Publikumsabstimmungsabend zu widmen? Warum wird im düsteren Virusherbst unter dem Titel ‚Gott‘ mehr als zweieinhalb Stunden lang über die Pros und Kontras und Möglichkeiten zum ‚assistierten Freitod‘ geredet?“

„Freie Selbstbestimmung über das eigene Lebensende“

Man muss Herrn Höbel zustimmen. In Zeiten von Corona, wo der Staat alles unternimmt, um insbesondere Risikogruppen vor einer eventuell todbringenden Infektion zu bewahren, sendet die ARD einen Film, dessen Höhepunkt am Ende die Abstimmung der Zuschauer über Leben oder Tod ist. Dabei sind die Charaktere so angelegt, dass dem Zuschauer die Seiten, die sich gegen eine Erlaubnis aussprechen, entweder arrogant, wie der Vertreter der Ärzteschaft, oder als leicht überfordert, wie es der Bischof zu sein schien, präsentiert wurden. In der Fernsehzeitschrift „Gong“ wur-

de die Rolle des Bischofs als Abrechnung von Schirachs mit der katholischen Kirche bezeichnet. Ein Plädoyer für die „freie Selbstbestimmung über das eigene Lebensende“ setzte den Schlusspunkt des Filmes.

Wem gehört das Leben: Gott oder mir selbst?

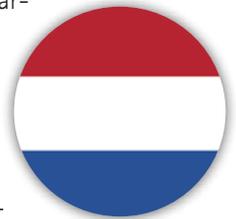
In der sich anschließenden Sendung „Hart aber fair“ wurde dann das Zuschauervotum verkündet. 70,8 Prozent stimmten denn auch dafür, dass der Sterbewillige das tödliche Mittel erhalten sollte, 29,2 Prozent dagegen.

Dabei darf man nicht den Titel des Kammerspiels außer Acht lassen: „Gott“. Die Frage soll also auch heißen: Wem gehört das Leben: Gott oder mir selbst? Das so eindeutige Ergebnis muss ein Alarmsignal gerade auch für die Kirchen sein. Bischof Georg Bätzing, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, einer der vier Gäste von Frank Plasberg, prangerte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Suizidbeihilfe an. Es sei „unerhört“, dass sich Karlsruhe so einseitig auf die Weltanschauung von Sterbehilfebefürwortern gestützt habe. Eine Abwägung zwischen den Grundrechten auf Selbstbestimmung und Lebensschutz habe nicht stattgefunden, so der Bischof. Das Gericht habe damit eine Dynamik ausgelöst, die möglicherweise nicht mehr einzufangen sei, ein Dammbbruch sei zu befürchten. Dabei verwies er auf die steigenden Zahlen bei aktiver Sterbehilfe in den Niederlanden.

Sterbehilfe in den Niederlanden nimmt stark zu

Zwischen 2012 und 2016 stieg die Zahl der Fälle von Sterbehilfe in den Niederlanden um 31 Prozent.

Das einzige niederländische Spezialzentrum für Sterbehilfe gab für 2019 an, ebenfalls einen starken Anstieg der Anfragen registriert zu haben. Das Expertenzentrum für aktive Sterbehilfe in Den Haag teilte mit, dass im Vergleich zum Vorjahr die Zahl um 22 Prozent auf 3.122 gestiegen sei. In den Niederlanden insgesamt sind es 6.361 Fälle.



Laut Faktencheck von „Hart aber fair“ gingen 4,2 Prozent aller Todesfälle in den Niederlanden im vergangenen Jahr auf Sterbehilfe zurück. Legt man zugrunde, dass in Deutschland im vergangenen Jahr insgesamt rund 940.000 Menschen verstorben sind, und würde man den Anteil an Todesfällen in den Niederlanden durch Sterbehilfe auf Deutschland übertragen, hätten wir hier rund 39.500 Fälle von Sterbehilfe. Das wären 108 pro Tag.

Deutschland hat damit eine liberalere Regelung als alle anderen europäischen Staaten

Prof. Bettina Schöne-Seifert, Medizinethikerin an der Uni in Münster, widersprach dem Bischof und verteidigte das Urteil. Es habe eine fünfjährige Lücke, ein „Zwischentief“, geschlossen, das mit dem Verbot des geschäftsmäßigen Suizids durch den Deutschen Bundestag entstanden sei. Dem widersprach der Bischof vehement. Die Bundestagsabgeordneten hätten durch den § 217 nur versucht, besonders verletzte Gruppen zu schützen. Dr. Susanne Jona, Vorsitzende der Bundesärztekammer, sah in dem



AKET150/STOCK.ADOBE.COM

Fürsorge statt Sterbehilfe: Was Menschen wirklich hilft

Urteil des Bundesverfassungsgerichtes einen Paukenschlag, dass die Richter dieses Recht auf selbstbestimmtes Sterben schrankenlos und unabhängig von Alter oder Gesundheitszustand sähen. Deutschland habe damit eine liberalere Regelung als alle anderen europäischen Staaten. Jona betonte, dass beispielsweise verwaiste Eltern häufig Suizidgedanken hätten, aber der Lebenswille käme nach einer gewissen Zeit wieder.

„Höhepunkt“ der Sendung war die Schilderung eines betroffenen Sohnes, der seine Mutter 2016 beim Suizid begleitet hat. Unterstützt wurde die Schilderung von einem Einspieler, der wie ein Tagebuch den Suizid zeigte: Mutter und Sohn sitzen friedlich zusammen an einem gedeckten Tisch. Sowohl das filmende Fernseherteam verlässt die suizidwillige Frau wie auch der Sohn, der noch die Einnahme des tödlichen Mittels durch die Mutter filmt und danach in eine Spielhalle geht, um dort zum Zeitpunkt des Todes der Mutter selbst ein Alibi zu haben. Der assistierte Selbstmord wird noch mit Musik von Johann Strauß unterlegt.

Bischof Bätzing reagierte zutiefst berührt und äußerte, dass ihm diese Einstellung sehr weh tue. Es sei eine Glaubenshaltung, dass keiner über sein Leben selbst verfügen sollte, das läge allein bei Gott. Diese Weltanschauung müsse sich in Krisen bewähren.

Katholische Kirche – keine moralische Instanz mehr?

Dass die Sendung so konzipiert war, dass die Beihilfe zum Suizid große Unterstützung erfuhr, konnte man an einer Sequenz, man könnte es als populistische Entgleisung bezeichnen, besonders erkennen. Frank Plasberg sprach, an seinen Gast Bischof Georg Bätzing gerichtet, der katholischen Kirche ab, wegen der vielen Missbrauchsfälle noch moralische Instanz zu sein.

Wenigstens wies man in der Sendung darauf hin, dass seit dem Jahre 2003 in unseren Nachbarländern, wo die Beihilfe zum Suizid schon lange erlaubt ist, große Anstiege zu verzeichnen sind: In der Schweiz haben sich die Fälle verfünffacht, in Belgien verelfacht und in den Niederlanden verdreifacht.

Bischof Bätzing warnte vor so einer Entwicklung gerade auch im Arzt-Patienten-Verhältnis mit der Äußerung eines niederländischen Arztes: „Wir hätten es besser im Bereich des Schattens gelassen.“ Und wir stellen uns die Frage: Darf man über Leben und Tod abstimmen? Und das auch noch im Rahmen eines Kammerspiels? Wird das Fernsehen nicht so zu einem Wegbereiter einer „Kultur des Todes“?

Wo bleiben die vielen positiven, lebensbejahenden und Hoffnung gebenden Berichte zum Beispiel aus der Hospizbewegung? Wo würdigt man die vielen Familien, wo jedes Familienmitglied, ob alt, jung, krank, behindert, die gleiche Geborgenheit, das gleiche Angenommensein erfährt?

Gewichtiger Warnruf eines Kardinals

In Holland wird gerade ein neuer Dammbreach vorbereitet: Kardinal Willem Jacobus Eijk, Erzbischof von Utrecht, prangert ein Gesetzesprojekt an, das Euthanasie für Kinder im Alter von ein bis zwölf Jahren ermöglichen soll. Ein solches Gesetz im Herzen Europas stellt seiner Meinung nach eine allgemeine Tendenz dar. Eine „schiefe Ebene“, die den Rapport über das Recht auf Leben verändert. „In den frühen 1980er Jahren wurde Euthanasie in der Endphase einer Krankheit als akzeptabel angesehen. Dann wurde sie noch vor der Endphase rechtmäßig. In den 1990er Jahren wurde die Euthanasie auch bei psychiatrischen Störungen und Demenz angewandt. Seit Anfang der 2000er Jahre wird die End-of-Life-Behandlung für behinderte Kleinkinder (Kinder von der Geburt bis zum Alter von einem Jahr) angewandt. Und bald auch für Kinder im Alter von ein bis zwölf Jahren.“



HTTPS://PRESS.VATICAN.VA

Kardinal Willem Eijk

Abtreibungsbefürworter gehen auf Kirchen los

Das oberste Gericht in Polen hat die vorgeburtliche Tötung behinderter Kinder schon in der frühesten Phase ihrer Entstehung verboten.

Da Vertreter der katholischen Kirche die Verschärfung des Abtreibungsstrafrechts in Polen begrüßt hatten, attackierten Pro-Choice-Demonstranten katholische Kirchen und störten eine Sonntagsmesse. Die Polizei nahm mehrere Personen fest. Um die Gottesdienste zu schützen, wurden Eingangstüren bewacht.

Einspruch der CDL-Bayern hatte Erfolg

„Seit wann feiert die SPD eine Straftat, durch die in Deutschland an jedem Werktag 400 ungeborene Menschen sterben – statt dass man sich solidarisch für die Mütter und das Lebensrecht eines jeden Menschen, auch der Ungeborenen, engagiert? Wo bleibt hier die soziale Gerechtigkeit?“, fragte Christiane Lambrecht, Landesvorsitzende der CDL Bayern.

Weiter hieß es in der Presseerklärung:

„Die CDL Bayern fordert den Oberbürgermeister der Stadt München, Herrn Dieter Reiter auf, am Montag, den 28. September 2020 davon abzusehen, das Münchner Rathaus im Rahmen des von der SPD und den Grünen initiierten ‚Safe Abortion Day‘ lila anzustrahlen. Dies würde nicht nur dem Neutralitätsgebot der Stadt München widersprechen, sich in weltanschaulichen Fragen zurückzuhalten, sondern wäre auch eine Marketingaktion für die große Abtreibungsklinik, die von dem bekannten Abtreibungsarzt Friedrich Stapf in München betrieben wird, in der täglich bis zu 20 Kinder abgetrieben werden.“

Einzig sichere Abtreibung ist die, die nicht stattfindet

Zudem unterstützt die Stadt München damit ein Vorgehen, bei dem selbst in hochentwickelten Ländern Frauen sterben und für eine weitere Schwangerschaft ein erhöhtes Risiko einer Fehlgeburt besteht, sodass von einer ‚safe abortion‘ in keinem Fall gesprochen werden kann. Die einzig sichere Abtreibung ist die, die gar nicht erst stattfindet.

Lambrecht: „Ich fordere die Stadt München auf, am Internationalen Tag der Kinderrechte, am 20. November 2020, einen ‚Safe Kids and Mums day‘ abzuhalten. Als Zeichen der Solidarität mit Mutter und Kind und für Lösungen, die das ‚Ja‘ zum Kind ermög-

lichen – soll dann das Rathaus in Rot, der Farbe der Liebe, angestrahlt werden!“

Die Stadt München sah davon ab, die öffentlichen Gebäude am 28. September für den „Safe Abortion Day“ lila anzustrahlen. Wir fordern die SPD und die Grünen auf, sich für ein Zeichen des Lebensrechtes aller Menschen einzusetzen, statt einen Gedenktag für „sichere Abtreibung“ zu feiern.

BUCHTIPP

Unantastbare Würde

Prof. Raedel gibt einen umfassenden Überblick über aktuelle Fragen und Argumente. Darin berichtet er u. a. über die spannende Geschichte des Adoptivkindes Steve, dessen Mutter Joanne mit 23 Jahren ungeplant schwanger wird. Sie entscheidet sich gegen eine Abtreibung und für eine Freigabe zur Adoption. Der Name dieses Kindes ist Steve Jobs, Erfinder der Marke Apple.



BUCHINFOS

Prof. Dr. Christoph Raedel: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – Lebensbeginn und Lebensschutz aus christlich-ethischer Perspektive. 54 Seiten, Logos Edition 2020, 2,00 Euro.

Roland Rösler verstorben

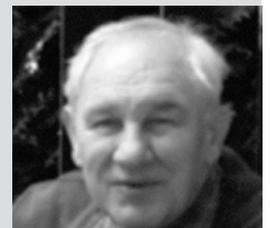
Mit großer Trauer und Dankbarkeit nehmen die Christdemokraten für das Leben e. V. (CDL) Abschied von ihrem langjährigen Vorstandsmitglied Roland Rösler.

Am 10. September wurde der langjährige stellvertretende CDL-Bundesvorsitzende Roland Rösler (MdL a. D.) nach schwerer Krankheit im hessischen Heidenrod beigesetzt. Die letzte Ehre erwiesen ihm in großer Dankbarkeit und Verbundenheit unter anderem sein Weggefährte und Nachfolger im Wahlkreis Rheingau/Taunus, der hessische Innenminister Peter Beuth, und der ehemalige Landes- und Bundesminister Franz Josef Jung. Minister Beuth würdigte in seiner Traueransprache den großen persönlichen und politischen Einsatz des Verstorbenen in der CDU, für die deutsche Einheit, für das Wohl und die Würde des Menschen.

Die CDL war durch ihre Bundesvorsitzende Mechthild Löhr vertreten, die im Namen des CDL-Bundesvorstandes die große Verbundenheit und Dankbarkeit mit dem langjährigen CDL-

Landesvorsitzenden von Hessen ausdrückte und der Familie kondolierte.

Roland Rösler war seit der Gründung der CDL mit Johanna Gräfin von Westphalen und Hubert Hüppe MdB a. D. mit großem Engagement für den Lebensschutz aktiv. In zahlreichen Veranstaltungen gab er sein großes Wissen weiter, das man in seinen Publikationen heute noch nachlesen kann. Ein unverzichtbares Werk für und über die Lebensrechtsarbeit ist das umfangreiche „Handbuch für den Lebensschutz und Lebensrecht“, das Roland Rösler mit Prof. Dr. Manfred Balkenohl herausgebracht hat.



Roland Rösler (†)

CDU Rheinland-Pfalz zu Lebensrechtsthemen

Im großen Wahljahr 2021 findet am 14. März in Rheinland-Pfalz die Landtagswahl statt. CDL-Landesvorsitzender Stefan Grieser-Schmitz hat aus diesem Grund für CDL-Aktuell Herrn Lachmann, Sprecher der rheinland-pfälzischen CDU, zu Lebensrechtsthemen befragt.

Momentan sehen die Umfragen in Rheinland-Pfalz sehr gut für die CDU aus und sie könnte eine Mehrheit im neuen Landtag bekommen. Was wären die wichtigsten Themen, die Sie in den ersten 100 Tagen angehen würden?

Wir werden unser Wahlprogramm erst im Januar beschließen – deshalb bitten wir um Verständnis, dass wir noch nicht alles verraten können. Die Schwerpunkte unseres Wahlkampfes liegen bei Bildung, Wirtschaft, Infrastruktur, Gesundheit. Wir wollen die beste Bildung für unsere Kinder, die besten Straßen für die Pendler, eine flächendeckende Gesundheitsversorgung, Tempo bei der Digitalisierung. Wir wollen Ökonomie und Ökologie nicht gegeneinander ausspielen, sondern beides in Einklang bringen. Wir wollen in der Staatskanzlei einen eigenen Digitalminister andocken und dort auch eine Steuerungsstelle für Bioökonomie ansiedeln. Wir werden Starterklassen – eine reguläre Vorschule im letzten Kindergartenjahr – einführen, mit verbindlichen Deutschtests für alle Vorschulkinder und mit verpflichtenden Förderhilfen. Bereits in der Grundschule verpasst ein hoher Anteil der Kinder den Anschluss. Zu viele Viertklässler können nicht ausreichend Lesen und Schreiben. Wenn Grundschullehrer gleich zu Beginn wissen, wo es hapert, können sie früh besser gegensteuern. CDU-Spitzenkandidat Christian Baldauf hat zudem einen Plan vorgelegt, wie er sich eine künftige Ressortverteilung vorstellt. So schlägt er unter anderem ein Ministerium für Innovation, Forschung, Wissenschaft und Energie vor.

In RLP ist der Schutz des ungeborenen Lebens sogar in der Verfassung festgeschrieben. Dennoch haben SPD-geführte Regierungen in den vergangenen Jahren hierfür wenig getan. Die Abtreibungszahlen verharren daher mit rund 3.500 getöteten Ungeborenen in unserem Bundesland auf einem hohen Niveau. Was würde sich hier unter einer CDU-geführten Regierung verbessern?

Der Schutz des ungeborenen Lebens ist für die CDU von überragender Bedeutung. Deshalb halten wir beispielsweise den zuletzt emotional diskutierten Erhalt des § 219a für sehr wichtig: Werbung für einen Schwangerschaftsabbruch muss weiterhin verboten bleiben. Die betroffenen Frauen befinden sich häufig in einer großen Not. Sie brauchen in dieser Situation eine sachliche und neutrale Beratung. Wir werden daher ein wohnortnahes, plurales Angebot in der Schwangerschaftsberatung sicherstellen.

Die momentane Landesregierung fördert das Medizinische Zentrum in Mainz, eine Pro-Familia-Abtreibungseinrichtung, mit über 80.000 Euro pro Jahr. Wird es eine solche jährliche Zuwendung auch unter einem Ministerpräsidenten Baldauf weiterhin geben?

Wir kennen den Sachverhalt und die Fördergrundlage in diesem konkreten Fall nicht ausreichend. Klar ist, dass wir Menschen, die sich in einer existenziellen Notlage befinden, Hilfe und Beratung anbieten müssen – und das so wohnortnah wie möglich. Ein Schwangerschaftsabbruch ist eine Ausnahmesituation für die schwangeren Frauen. Die anerkannten Beratungsstellen leis-



Gebäude des Landtags in Rheinland-Pfalz

ten eine sehr wichtige Aufgabe, und wir sind uns sicher, dass sie damit verantwortungsvoll umgehen. Die Entscheidung, ob eine Frau, aus welchem Beweggrund auch immer, ihre Schwangerschaft beenden möchte, muss sie für sich alleine treffen. Dieser Grundsatz gilt – auch wenn wir den Schutz des ungeborenen Lebens für einen der zentralsten humanen Werte halten.

Leider hat das Bundesverfassungsgericht in diesem Jahr das Gesetz, welches die kommerzielle Sterbehilfe verbietet, gekippt. Dies macht den Ausbau von Palliativmedizin und hospizlicher Betreuung als menschliche Alternativen zur Sterbehilfe noch wichtiger. Wie würde eine CDU-geführte Regierung diese Bereiche – insbesondere in einem Flächenland wie RLP – weiter fördern?

Wir alle möchten einmal möglichst ohne Schmerzen und in Würde sterben, das machen Palliativmedizin und Hospizbetreuung möglich. Daher müssen wir den Ausbau der ambulanten Hospiz- und Palliativversorgung vorantreiben. Wie auch in anderen Bereichen muss hier das ehrenamtliche Engagement besser gefördert und entlohnt werden. Die Frauen und Männer leisten in der Betreuung von Schwerstkranken und Sterbenden einen Einsatz, vor dem wir ungeheuren Respekt haben. Das sollte stärker als bisher anerkannt werden. Außerdem sollten unsere Hausärzte im Bereich der Palliativmedizin intensiver fortgebildet werden. Sie

begleiten ihre Patienten oft sogar Jahrzehnte und haben ein großes Vertrauen aufgebaut. Deshalb sollten sie, wenn nötig, auch palliativ betreuen können.

Eltern, die sich für die Annahme und Betreuung eines behinderten Kindes entscheiden, haben es in unserer auf Perfektion ausgerichteten Gesellschaft besonders schwer. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Politik, hier finanzielle oder anders geartete Hilfen anzubieten?

Familien mit einem behinderten Kind sind besonders gefordert und haben ständig mit neuen Herausforderungen zu kämpfen. Der Staat bietet Eltern viele Hilfestellungen – finanzieller Art, in



Benötigen Hilfeleistungen: Familien mit behinderten Kindern

der medizinischen Versorgung, der Frühförderung, aber auch in Fragen der Betreuung. Soziale und kirchliche Einrichtungen helfen dabei, die richtige Unterstützung zu bekommen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass jede Familie die Informationen bekommt und die Leistungen erhält, die sie benötigt. Als Gesellschaft sollten wir diesen Familien Anerkennung zollen und unsere Hilfe anbieten, wo es möglich ist.

Über Bundesratsinitiativen kann RLP auch bei bundespolitischen Themen Akzente setzen. Können Sie sich vorstellen, hier auch Lebensschutzthemen voranzutreiben, wie zum Beispiel eine generelle Strafbarkeit der Inanspruchnahme von Leihmutterchaften auch aus dem Ausland?

Als CDU in Rheinland-Pfalz sehen wir uns in dieser Frage auf Ebene der Bundespartei gut vertreten, wo man sich zuletzt etwa gegen eine Legalisierung von Leihmutterchaften ausgesprochen hat. Es ist richtig, dass dieses Verfahren verboten ist, und wir stehen dafür, dass das auch so bleibt.

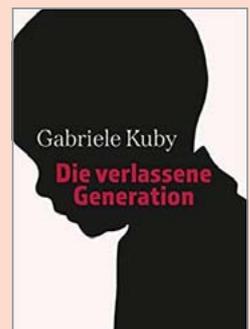
Neue Führung in den USA: Joe Biden und Kamala Harris

Die Präsidentin des Planned Parenthood Action Fund, Alexis McGill Johnson, feierte die Nachricht und twitterte: „Mit der Wahl von Joe Biden und Kamala Harris wird Amerika in der Hand von Anführern sein, die sich dafür engagieren, die reproduktiven Rechte voranzutreiben und zu erweitern. Wir vom Planned Parenthood Action Fund sind hocheifrig darüber, dass sie gewählt wurden, und wir sind bereit, vom ersten Tag an mit ihnen zusammenzuarbeiten.“ Die National Abortion and Reproductive Rights Action League (NARAL) bejubelt „die demokratische Bewerberin für das Amt des Vizepräsidenten, Kamala Harris, als Vorkämpferin für die Abtreibung“.

BUCHTIPP

Die verlassene Generation

„Ich bin hingerissen, bei meinen Enkeln zu erleben, wie das Leben neu beginnt. Hüten wir es, damit die Welt besser wird“, schreibt die Soziologin Gabriele Kuby und sorgt sich um die Zukunft der jungen Generation. Anhand von erschütternden Fakten stellt sie dar, wie wir das Leben unserer Kinder beschädigen: Vom Nein zum Kind durch Verhütung und Abtreibung



über die künstliche Produktion von Kindern, die staatliche Kollektivbetreuung in der Krippe, die Sexualisierung in Kindergarten und Schule, die Smartphone-Epidemie mit Zugang zur Pornografie und traumatischen Folgen von Scheidung. Wir plündern nicht nur unseren Planeten, sondern zerlegen die Grundzellen unseres menschlichen Zusammenlebens. Eine gefährliche Vermessenheit hat die westlichen Gesellschaften erfasst: sein zu wollen wie Gott. Wir spielen Schöpfer und Richter, bestimmen, wer leben darf und sterben muss, und lösen so die natürlichen Lebensbedingungen auf.

Kritik von MEDRUM:

„Es ist vielleicht das wichtigste Buch, das Gabriele Kuby bis heute geschrieben hat, denn es geht um die Schwächsten dieser Gesellschaft und zugleich um diejenigen, auf deren Schultern die Zukunft ruhen soll: die Kinder. Und um ihre Bedrohung geht es in Kuby's Alarmruf. Er trägt den Titel: Die verlassene Generation.“

BUCHINFOS

Gabriele Kuby: Die verlassene Generation, Fe-medienverlags GmbH, ISBN 978-3-86357-276-1, 368 Seiten, 17,80 Euro.

„Unplanned“

Eine Filmkritik von Cordula Mohr, CDL-Landesvorstandsmitglied in NRW

Der amerikanische Spielfilm „Unplanned“ („Ungeplant“) ist ergreifend und erstaunlich gut gemacht. Ich kenne bereits die Biographie „Lebenslinie“, die diesem neuen Streifen zugrunde liegt. Hier gilt, was sonst selten der Fall ist: Der Film kann dem Buch durchaus das Wasser reichen.

Die erzählte Geschichte beruht auf wahren Begebenheiten, nämlich der Bekehrung von Abby Johnson, die eine Abtreibungsklinik in den USA leitete, sich dann mit Grau(s)en davon abwendet und zum katholischen Glauben findet.

Es wird niemand als Person verurteilt (die teilweise traurigen Gesichter der Schwangeren nach einer Abtreibung werden freilich gezeigt), aber die Fakten um die Tötung ungeborener Kinder und das Geschäft mit der Abtreibung sind total glaubwürdig dargestellt.

Abby hat selbst in diese entmutigten Gesichter geschaut. Das wird im Buch noch viel deutlicher beschrieben. Abby Johnson verschweigt nichts und der ganze Film ist authentisch.

Abby Johnson war Leiterin einer Abtreibungsklinik von Planned Parenthood (der Mutterorganisation von Pro Familia). Sie erhält diese leitende Stellung und zögert zunächst damit, weil sie dabei zugleich die Abtreibungszahlen erhöhen soll, zumal ein neues, größeres Gebäude in Planung ist, das finanziert sein will. Dennoch nimmt sie den Posten an, zumal sie damals noch unbekehrt ist.

Im Buch wird etwas besser als im Film beschrieben, wie Abby in den Gottesdiensten und Kirchen ein schlechtes Gewissen bekommt und eine Kirchengemeinde ihre Anwesenheit eigentlich nicht wünscht bzw. allenfalls duldet.

kanüle zerstückelt wurde, noch beiläufig: „Beam me up, Scotty!“ Manches erinnert an den Dokumentarfilm „Der stumme Schrei“ von Dr. Nathanson, einem ehemaligen Abtreibungsarzt, der sich ebenfalls bekehrte und später ein bekannter Lebensrechtler und katholischer Christ wurde. Durch die moderne Technik ist nun aber vieles genauer zu sehen.



Bedrückend: Abby (r.) wartet auf ihren Abtreibungstermin

Zum Geschäftsaspekt der Abtreibung in der PP-Klinik: Abby war mittlerweile so weit, dass sie einigen Frauen in finanziellen Nöten empfahl, möglichst schnell ihr Baby abzutreiben, weil der Preis an der Größe des kindlichen Kopfes gemessen wurde. Je kleiner der Kopf, desto günstiger die Abtreibung.

Um festzustellen, dass alle Körperteile des Babys abgesaugt worden sind, wird das zerstückelte Embryo durch Angestellte in separaten Räumen gleichsam wieder zusammgelegt und nachgeschaut, ob nichts in der Gebärmutter zurückgeblieben ist.

Zeitgleich saßen die Ex-Schwangeren narkotisiert im Aufwachraum; gäbe es „vermisste“ Körperstücke ihres Babys, dann hätte man diese Frauen erneut ins Behandlungszimmer gebracht. – Eine andere Szene beschreibt eine ähnliche Situation: Der Abtreiber hatte die Gebärmutterwand perforiert und die Frau blutete infolgedessen stark.

Zuletzt berichten Film und Buch darüber, dass Abbys früherer Arbeitgeber PP rechtlich gegen sie klagte, wobei sie den Prozess im US-Bundesstaat Texas gewann.

Fazit:

Ich habe in den letzten Jahren noch keinen derart aktuellen und erschütternden Film zum Thema Abtreibung gesehen. „Unplanned“ muss möglichst breitflächig in unsere Kinos kommen und sollte alle Zuschauer/-innen aufrütteln. Wir können den fast zweistündigen Film aber auch selber als DVD bestellen und sollten diese Chance nutzen.

Weitere Hinweise und Infos zum Film:

https://ja-zum-leben.de/unplanned_film/



Szene aus »Unplanned«: Abby assistiert bei einer Abtreibung

Der Anfang von „Unplanned“ beginnt mit einer Abtreibung, die auf Ultraschall mit einer exakten Auflösung zu erkennen ist. Man sieht: Das Rückgrat des Babys ist schon klar ausgebildet. Auch den Herzschlag des ungeborenen Kindes hört man deutlich.

Im Buch wird diese Szene, in welcher Abby den Ultraschallkopf halten soll, auch sehr anschaulich beschrieben. Im Film sagt der Abtreibungsarzt, als das ungeborene Kind in einer größeren Saug-

TERMINE



10. April (geplant)
CDL-Bundesmitgliederversammlung

Unsere Medientipps für Sie!

Christliche (kath./ev.) TV- und Radio-Sender, die Ihnen alle täglich 24 Stunden (werbefrei und kostenlos) abwechslungsreiche Programme anbieten.

Mit aktuellen Sendungen, täglichen Live-Gottesdiensten, Nachrichten, Interviews, Reportagen, Spielfilmen, Kinder- und Jugendsendungen, Mediatheken und Podcasts.

BIBEL TV	www.Bibeltv.de
Dom Radio	www.domradio.de
Radio ERF	www.erf.de
EWTN	www.ewtn.de
Radio Horeb	www.horeb.org
K-TV	www.k-tv.org

Alle Sender sind unkompliziert zu empfangen: entweder über Fernseher und Radio (Satellit, Kabel oder Internet) oder als Livestream jeweils mit Smartphone, Tablet oder Computer.

Beratung und Hilfe für Schwangere

0800 - 36 999 63 · www.vita-l.de

 **vital**
Es gibt Alternativen

IMPRESSUM

Christdemokraten für das Leben e.V.
Kantstr. 18
48356 Nordwalde
Telefon: 0 25 73 / 97 99 391
Telefax: 0 25 73 / 97 99 392
E-Mail: info@cdl-online.de
Internet: www.cdl-online.de

Redaktion: Mechthild Löhr, Odila Carbanje

Satz + Gestaltung: Daniel Rennen, www.dare.de
Titelmotiv Kopfzeile: NiDerLander, Fotolia.com

33 Staaten unterzeichnen Erklärung: Kein Recht auf Abtreibung

Neben dem Bekenntnis zum Lebensschutz soll die Gesundheit von Frauen verbessert, die klassische Familie gestärkt und die nationale Souveränität geschützt werden.

33 Staaten, darunter die USA, Brasilien, Ungarn und Uganda, haben am 22. Oktober die „Geneva Consensus Declaration on Promoting Women's Health and Strengthening the Family“ (dt. „Genfer Konsenserklärung zur Förderung der Gesundheit von Frauen und zur Stärkung der Familie“) unterzeichnet.

Die unterzeichnenden Staaten betonen in der Erklärung, dass es kein Recht auf Abtreibung gibt und die klassische Familie die Grundlage der Gesellschaft ist. Es könne auch keine internationale Verpflichtung für Staaten geben, Abtreibungen zu finanzieren oder zu ermöglichen. Die Familie stehe unter besonderem Schutz der Gesellschaft und des Staates.

Die 33 Staaten wollen ihr Hauptaugenmerk auf folgende vier Ziele richten:

- 1) Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Frauen
- 2) Schutz des menschlichen Lebens
- 3) Stärkung der Familie als Grundlage der Gesellschaft
- 4) Schutz der nationalen Souveränität

Außenminister Mike Pompeo, der die Erklärung mit Gesundheitsminister Alex Azar für die USA unterzeichnet hat, erinnerte in einer Stellungnahme an den Einsatz der US-Regierung für den Schutz der Würde des menschlichen Lebens. Kein Präsident habe sich auch international stärker für den Lebensschutz und die klassische Familie eingesetzt als Donald Trump. Die Genfer Erklärung sei der nächste Schritt, der über den Lebensschutz hinausgehe und Frauen und Familien verstärkt in den Blick nehme, sagte Pompeo.

kath.net/LifeNews/jg, 08.11.2020

Bitte spenden Sie für das Leben!

Der Schutz des menschlichen Lebens zählt zu den vordringlichen Aufgaben in dieser Gesellschaft.

Unterstützen Sie die weitere Arbeit der CDL mit Ihrer Spende! Unser Spendenkonto:

IBAN: DE53 4645 1012 0000 0025 84
Sparkasse Meschede · BIC: WELADED1MES

Wir erhalten keinerlei öffentliche oder parteiliche Förderung. Jede Zuwendung an die CDL ist steuerlich begünstigt! Sie erhalten eine Spendenbescheinigung.